

Volksblatt

Nummer 164

Samstag, den 18. Juni

Jahrgang 1927

Das Ergebnis von Genf.

Der nunmehr beendigten Tagung des Völkerbundesrates hat, soweit die für die europäische Lage weit mehr als die Ratgeberungen wichtigen Besprechungen der sich bei solcher Gelegenheit treffenden Außenminister der Großmächte in Frage kommen, in Deutschland wohl kaum jemand, der das politische Geschehen verfolgt, mit Optimismus entgegengesehen. Seit Locarno hat sich für die Hoffnungen und Wünsche, die wir Deutschen an die europäische Verständigungspolitik knüpfen, manche ungünstige Entwicklung außerhalb unseres Einflusses vollzogen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Frankreich Poincaré dank seiner glänzenden Finanzpolitik überlegenem Einfluß in dem von ihm geleiteten Kabinett wie bei der Mehrheit des französischen Parlaments gewonnen hat und daß er von der Stabilität, mit der er von Anfang an den Vertrag von Versailles betrachtet hat, noch um nichts abgewichen ist, daß ferner für England heute andere Fragen als die deutschen im Vordergrund stehen und Italien nur das Interesse hat, die durch den Faschismus ohne Zweifel vollzogene Restauration im Innern durch eine Expansionspolitik, die der Ueberforderung des Landes Spielräume ermöglicht, zu ergänzen, woraus sich ebenfalls ein starkes Nichtinteresses an Fragen ergibt, deren Lösung uns Deutschen aus mehrfachen Gründen dringlich erscheint. Poincarés Uebergewicht im französischen Ministerrat zwingt Briand zur Zurückhaltung. Er kann nicht so handeln, wie er sonst vielleicht wohl handeln würde. Die äußeren Umstände sind härter als sein Wille. Man kann ihm daraus keinen Vorwurf machen. Würde er mit dem Kopf durch die Wand rennen, so würde er bloß selber Schaden nehmen, aber sonst nichts erreichen.

Es liegt nun aber durchaus kein Grund vor, der etwa die Annahme berechtigen würde, daß die Atmosphäre zwischen den Staatsmännern, die sich in Genf getroffen haben, jetzt weniger freundlich gewesen wäre, als vormals. Ganz im Gegenteil. Diese Herren kennen sich jetzt und wissen genau, was sie voneinander zu halten haben. Und wenn es auffällig sein möchte, daß die ersten Besprechungen zwischen ihnen nicht schon am Sonntag, an welchem Tage sie in Genf eintrafen, sondern erst am Montag stattgefunden haben, so lag das ohne Zweifel daran, daß sie nach der Reise ermüdet waren und auch erst für interne Beratungen ihre Zeit notwendig hatten. Jedenfalls lag bei keinem der Staatsmänner irgendein Grund zu abschließlicher Vermeidung einer Unterhaltung vor. Auffällig ist nun, daß die Vertreter der Tagung über die Genfer Verhandlungen in der deutschen und ausländischen Presse so uneinheitlich ist wie nie zuvor. Das liegt aber daran, daß die Beteiligten aus bestimmten Gründen sich sehr in Schweigen hüllten, daß ihr am Mittwoch abend herausgegebenes Communiqué so und auch so ausgelegt werden kann und die Journalisten, die nach Genf gekommen sind mit der Aufgabe, ihren Zeitungen Berichte zu liefern, aus Selbsterhaltungstrieb einfach auf Kombinationen angewiesen sind. Da nun aber optimistische Betrachtungen begründet werden müssen, malen die meisten graue Bilder des pessimismus. Wenn nicht alles täuscht, dürfen diese aber ebenso daneben stehen wie die wenigen deutschen Journalisten, die wie Georg Vernhard in der „Völkischen Zeitung“ etwas rechtlich optimistisch dreinschauen. Wir haben den Eindruck, daß Genf keinen Rückschritt darstellt, aber auch nureine sehr maßige Fortschritt.

Man scheint sich über die Form geeinigt zu haben, wie die Festsetzung der Unterstände im Osten festgestellt werden soll, und zwar scheint die Einigung keine Demütigung für Deutschland zu bedeuten. Noch nicht klar sieht man, ob ein allierter oder neutraler Sachverständiger die Feststellungen machen soll, auf die die Völkischkonferenz Wert legt. Fest steht dagegen wohl, daß die Einladung dazu von deutscher Seite erging und daß es sich um eine einmalige, nicht zu wiederholende Nachprüfung handelt.

Was die Rheinlandfrage anlangt, so hat man auf alliierter Seite Stresemann offenbar versichert, daß man die Besatzungstruppen verringern wolle, sobald die von Deutschland im Januar anerkannten Forderungen der Völkischkonferenz erfüllt seien, aber es ist andererseits wohl keine Festlegung der Truppen, die das besetzte Gebiet räumen sollen, erfolgt, man hat vielmehr diese Frage, bei der es sich um 10 000 oder 15 000 Mann handeln soll, weiteren diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin, Paris und London vorbehalten.

Dann hat man sich noch über die englisch-russische Spannung unterhalten, ohne daß dabei eine Lockerung in der Haltung der bei der Besprechung vertretenen Mächte herausgekommen wäre. Dr. Stresemann hat es jedenfalls verstanden, für die Haltung der deutschen Regierung bei Chamberlain Verständnis zu finden. Es ist zu seiner Front der Westmächte einschließlich Deutschlands gegen Rußland gekommen. Die Vertreter der Westmächte sind sich vielmehr darüber einig gewesen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und England zu weiteren Konsequenzen nicht zu führen brauche, falls die russische Regierung sieht, daß Staatspolitik nicht mit der Propagierung revolutionärer Ideen verknüpft werden darf. In der Beurteilung dieser Sowjet-Mach-

schafften waren die deutschen Vertreter gleichen Sinnes wie die der übrigen in Genf vertretenen Mächte. Schließlich hat dann auch noch über das Val-tan-problem, das durch die Verwicklungen um Albanien aktuell geworden ist, im Sinne des Anstrebens einer friedlichen Lösung eine Verständigung stattgefunden. Es wird behauptet, daß ein gemeinsamer Schritt der fünf europäischen Mächte, die bei der Konferenz am Mittwoch neben Japan beteiligt waren, unternommen werden soll. In Wirklichkeit aber scheint man sich auf einen Schritt Frankreichs, Englands und Italiens geeinigt zu haben, derart, daß die ersten beiden Mächte Zugeständnisse von der südlavischen Regierung, die letzte Macht Zugeständnisse von der albanischen Regierung erzielen soll, worauf dann die diplomatischen Beziehungen wieder angeknüpft werden könnten.

Günstiger im deutschen Sinne ist der Verlauf der Verhandlungen des Völkerbundesrates gewesen. Dr. Stresemann hat erreicht, daß der litauische Ministerpräsident für seine Regierung sich zur peinlichen Beachtung des Memelstatuts, das wiederholt verletzt worden ist, verpflichtet hat. Stresemann hat ferner für Deutschland einen Sitz in der Mandatskommission erzielt, derzufolge erhalten. Diese Kommission ist bekanntlich die Aufsichtsinstitution für die Deutschland und der Türkei genommenen außereuropäischen Gebiete, die sich die Sieger als Mandatäre des Völkerbundes angeeignet haben. Völlig abwegig wäre es aber, wollte man an die Erlangung des Sitzes in der Mandatskommission die Hoffnung knüpfen, daß nunmehr Deutschland wenigstens eine seiner früheren Kolonien wiederbekommen würde. Zu dieser Hoffnung berechtigt vorläufig noch gar nichts. Aber immer-

hin ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich später einmal die Teilnahme Deutschlands an der Oberaufsicht über die Mandate als nützlich erweisen kann. Bis dahin freilich wird sicher noch sehr viel Wasser den Rhein hinunter fließen.

Alles in allem ist somit das Ergebnis der Genfer Tagung für Deutschland als mager zu bezeichnen. Wer mehr erwartet hat, läßt gut, sich daran zu gewöhnen, daß fette Resultate von diesen internationalen Ausreden kaum je zu erwarten sind. Die Genfer Atmosphäre ist einer schnellen Lösung der internationalen Probleme abhold. Im Völkerbund eilt man mit Weile vorwärts, mit Bedachtsamkeit und Behutsamkeit, immer geleitet von dem Bestreben, durch Kompromisse Uebereinstimmungen zu erzielen, niemand möglichst vor den Kopf zu stoßen und keinen der beteiligten Staatsmänner zu einer ausgesprochenen Niederlage zu zwingen. So wird denn auch Dr. Stresemann, wenn nicht alles täuscht, wieder mit einer geringen Verbreiterung seines berühmten Silberreifens nach Berlin zurückkehren. Er wird auf die oben angelegten kleinen Erfolge hinweisen können; man wird ihm auch behändigen müssen, daß er den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage und den anderen Fragen, die noch zur Debatte standen, in einer den Genfer Verhältnissen angepaßten guten Form vertreten hat. Im übrigen aber wird sich das deutsche Volk an sein Wort zu erinnern haben, daß Locarno erst ein Anfang gewesen und daß es von dort bis zur wirklichen europäischen Harmonie noch ein recht weiter und beschwerlicher Weg sei, auf dem man mit Geduld und Langmut gewappnet sein müsse. Das ist gewiß nicht unerquicklich für uns. Aber wir haben nicht die Macht, daran etwas zu ändern.

Beendigung der Verhandlungen in Genf.

Eine hitzige Geschäftsordnungsdebatte der Ausländer der Beratungen

Um die Kontrolle des polnischen Munitionslagers auf der Danziger Westernplatte.

Genf, 17. Juni. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates wurde eine ganze Reihe von Punkten von mündlichem Interesse behandelt. Behandelt wurde ein Bericht vom chilenischen Staatsminister Willegas in der Frage der Danziger Westernplatte. Es handelt sich hierbei um den Antrag Danzigs, durch den der Kommissar des Völkerbundes in Danzig gezwungen werden sollte, eine Verordnung über die polnischen Munitionstransporte nach und von der Westernplatte wieder zurückzunehmen. Die Westernplatte, die mitten im Danziger Hafen liegt, ist vor einigen Jahren Polen als Munitionslager zugesprochen worden. Jedoch hat die Stadt Danzig durch Polizei und Zollorgane die Aufsicht über die Westernplatte ausgeübt. Seitdem die Polen mit Danziger Geld die Westernplatte zu einem regelrechten Munitionslager ausgebaut haben, hat der Kommissar polnisch verfügt, daß die Danziger Zollbeamten auf der Westernplatte nicht mehr tätig sein dürfen und daß der Transport von Munition durch Danziger Gebiet von polnischem Gebiet begleitet werden könne. Dagegen protestiert die Danziger Regierung. Der Berichterstatter des Völkerbundesrat schlug Verhandlung bis zum Herbst vor, da er sich noch nicht genügend habe informiert können. In einer Geschäftsordnungsdebatte, die es dann über diesen Fall gab, ob der Präsident des Danziger Senats sachlich seine Beschwerde vor dem Völkerbundsrat trotz des Verlangens Danzigs vortragen dürfe, kam es zu Zusammenstoßen zwischen Stresemann und Chamberlain.

Präsident Sahm (Danzig) erklärte es für nötig, daß er auch jetzt seine Beschwerden vortrage, damit der Berichterstatter sich informieren könne. Dr. Stresemann unterstützte das Verlangen Danzigs. Chamberlain wich aus und erklärte, eine Debatte für oder gegen die Debatte zuzulassen, aber nicht über das Problem. Stresemann meldete sich abermals zu Wort. Er stellte die Frage, was diese Erklärung Chamberlains bedeuten solle. Man müsse auf die Sache selbst eingehen. Es sei auch allgemeine parlamentarischer Brauch, denn man könne eine Stellungnahme zu einem Verlangensantrag nicht begründen, wenn man nicht sachlich die Gründe, die für die Verhandlung sprechen, eingehend anführen könne. Chamberlain wurde außerordentlich erregt und steckte sich eine Zigarette an, was im Rat ein ungewöhnlicher Vorgang ist. Dann erklärte er, es sei für den Präsidenten sehr schwer, in solcher Frage die Grenzen zwischen Geschäftsordnungsdebatte und sachlicher Debatte einzuhalten. Stresemann antwortete, er sei 20 Jahre Parlamentarier und noch niemals vom Präsidenten unterbrochen worden, weil er etwa in der Geschäftsordnungsdebatte die Grenzen überschritten hätte. Er sei wirklich in dieser Frage sachverständig und schlage vor, daß man diese Debatte führe und auch dem Präsidenten Sahm Gelegenheit gebe, die sachlichen Gründe für oder gegen die Verhandlung vorzubringen.

Jetzt gab Chamberlain nach und erteilte dem Präsidenten Sahm das Wort, der recht geschickt nicht die vorher vorbereiteten Beschwerden vorbrachte, sondern gegen die Verhandlung sprach. Dr. Sahm forderte den Rat auf, zu beschließen, daß vorbehaltlich der späteren Regelung zunächst die Verordnung des Kommissars wieder zurückgezogen werde. Dr. Stresemann machte einen Vermittlungsvorschlag. Er schlug vor, daß es bei dem jetzigen System bleiben solle, daß man aber Danziger Zollbeamte und Danziger Schutzpolizei neben den polnischen Aufsichtsberechtigten hinzusetze, um so einen Zwischenzustand zu schaffen. Der polnische Minister Straßburger erwiderte auf die Ausführungen Dr. Sahms, wurde aber von Chamberlain unterbrochen. Die übrigen Ratsmitglieder stimmten für den Bericht des Berichterstatters. Die Sache ist damit bis zum Herbst vertagt worden.

An die fast zweistündige öffentliche Schlußsitzung schloß sich eine kurze Geheimkonferenz an, in der der Rat auf Vorschlag Danzigs und des Danziger Hafenpräsidenten die Priorität der Danziger Staatsanleihe aufhob und nunmehr keine Hindernisse mehr im Wege stehen, sofort die Hafenarbeiten zu beginnen.

Das Resultat der Ratstagung.

Ein Urteil der deutschen Delegation. (Genf, 17. Juni. Der übliche offizielle Teil des Programms der Tagung des Völkerbundesrats ist in der vorgesehene fünfjährige Frist erledigt worden. Die Nebenbesprechungen, die für uns besondere Bedeutung haben, sind durch die erste und keineswegs diplomatische Erörterung Briands vorzeitig abgebrochen worden. Das Tagungsergebnis läßt sich schon heute übersehen. Dabei darf man natürlich nicht in den Fehler verfallen, die üblichen Tagungsorgänge allzusehr durch die deutsche Lupe zu sehen, denn der Kreis unserer Sonderinteressen geht neben uns doch nur einen Teil der versammelten Mächte an. Die Frage der Wirtschaftskonferenz muß in diesem Sinne vorangestellt werden und ihre Behandlung verdient entschieden Anerkennung als ein wichtiger Schritt nach vorwärts auf dem Wege zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Die Abrüstungsfrage ist freilich nicht weiter gekommen. Das war auch nicht zu erwarten. Aber wenigstens hat man Gelegenheit gehabt, die deutsche Meinung, die ja durch das Wirken des Grafen Bernstorff nicht unbekannt ist, recht ungehindert zu vernehmen. Die Frage der Abrüstung der Zahl der jährlichen Ratstagungen blieb zwar unerledigt, wird aber im September, wo man ohnehin hätte hierherkommen müssen, in der Bundesversammlung behandelt werden. Das Ergebnis ist angeht der Meinungsverschiedenheiten schon in dem kleinen Kreis des Rates selbst nicht voraussehen. An deutschen Erfolgen ist die erste und wichtigste Beilegung des Memel-Konflikts, die Erfüllung unserer Wünsche in Bezug auf die Teilnahme an der Mandatskommission und ein gewisser moralischer Erfolg in der heutigen Danziger Debatte zu suchen. In der Frage der Ostbesetzungen, die nicht zur Tagesordnung stand, aber zu einem für uns wichtigen Punkte der Gesamtsprechung gehört, scheint ein Mittelweg ge-

funden, während die Truppenbesetzung im Rheinland auf den Weg der diplomatischen Verhandlungen verwiesen wurde. Die Gegenseite machte dafür u. a. den Grund geltend, daß eine Erfüllung solcher deutscher Erwartungen nicht den Charakter eines Genfer Handels tragen dürfte. Ein etwas schwaches Argument, wie alle die irgendwie zur Verschleppung dieser Frage angewandt werden. Mit Bezug auf den albanischen Konflikt scheint das selbe Einvernehmen der an der Aufrechterhaltung des Friedens interessierten Mächte erreicht worden zu sein. Die Frage aber, die scheinbar alle anderen überschreitend mit nach Genf kam, die russische nämlich, hat hier sicherlich eine Wandlung bekommen, die zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit beitragen kann. Keine Mitwirkung unterirdisch an irgendwelchen antirussischen Tendenzen anderer Länder, volle Handlungsfreiheit für Deutschland, aber auch volle Freiheit der Kritik gegenüber Mißbräuchen, die uns so gut wie andere treffen. Man wird in Moskau diese Situation verstehen und abschließende Interpretationen von Verhandlungen unterlassen müssen, an denen Deutschland ausschließlich im Interesse des Friedens und im vollen Bewußtsein seiner vertraglichen Bindung nach beiden Seiten hin teilnimmt.

Beträchtliche Annäherung zwischen Briand und Stresemann?

London, 17. Juni. Der Reuters-Korrespondent in Genf erzählt, daß die Besprechungen zwischen Briand und Stresemann am 14. und 15. d. M. eine beträchtliche Annäherung der Ansichten über die beide Länder berührenden Hauptfragen gezeigt hätten und daß diese Tatsache von den anderen Außenministern in Genf sehr begrüßt wurde. „Times“ berichtet dagegen aus Genf: Die Ansicht gewinnt an Boden, daß kein endgültiger Abschluß bezüglich der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten und Deutschland über die Frage der Ostbesetzungen oder den künftigen Status des Rheinlandes erzielt worden ist. Weder die Frage der früheren Zurückziehung der Besatzungstruppen, noch ihre Verminderung wurde geregelt und die deutsche Deklaration ist geblieben, von neuem heimzugehen, ohne positive Ergebnisse erzielt zu haben, die allein bei den Gegnern Stresemanns in Deutschland zu schenken schienen. Das ausgearbeitete Gefüge von Zusagebänden, das so sorgfältig im voraus vorbereitet worden war, ist anscheinend wieder zusammengebrochen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Erörterungen zu einer Lösung der beiden erwähnten Fragen zu einem näheren Zeitpunkt in einer weniger schwierigen Gestalt führen werden.

Briand bei Poincaré.

Paris, 17. Juni. Ministerpräsident Poincaré hatte heute mit dem Außenminister Briand eine Unterredung, die sich auf die Arbeiten des Völkerbundes bezog. Ueber das gesunde geistliche Befinden Briands ist heute nachmittags ein Kommuniqué ausgegeben worden, in dem erklärt wird, daß das Augenleiden Briands, das auf Ueberarbeiten zurückzuführen ist, keine weiteren Fortschritte gemacht habe, daß Briand aber für einige Tage das Zimmer hüten müsse.

Zurückziehung der Postgebühren-Erhöhungsvorlage.

Berlin, 17. Juni. Heute vormittags begann die Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost, die über die geplante Gebührenerhöhung entscheiden soll. Eine neue Vorlage des Ministeriums schlägt eine Erhöhung der Rundfunkgebühren von monatlich zwei auf drei Mark vor. Davon wird eine Mehrheit von 15 bis 21 Millionen Reichsmark monatlich erwartet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Reichspostminister Schäpe, daß er als postlicher Minister verpflichtet sei, dem Reichstag das Reichspostgesetz Rechnung zu tragen, jedoch habe er über das Schicksal der Vorlage nicht allein zu entscheiden, weil nach dem Reichspostgesetz der Verwaltungsrat zuständig sei. Der Minister wies darauf hin, daß der Post bei Vorschlag der Vorlage die Gelder fehlen, um aufgegebenen Befehlungen ausführen zu können. Später müsse die Erhöhung der Gebühren doch 20 Millionen Mark verlieren.

Inzwischen sind verschiedene Anträge eingegangen. Der Demokrat Dr. Raschig beantragte, die Beratung der Vorlage auf den November zu verschieben. Die Sozialdemokraten wollen sie an den Reichspostminister zurückverweisen. Der Kommunist Torgler will von einer Beratung und Beschlußfassung vollständig Abstand nehmen und die bisherigen Postgebühren beibehalten. Nach Beendigung der Debatte erklärte der Reichspostminister über die Verhandlungsanträge, daß er aus dem Beschluß des Reichstages die Konsequenzen ziehe und die Postgebührenerhöhungsvorlage zurückziehe. Hierauf beantragte der Abgeordnete Altepötter (Z.), nunmehr die Beschlässe des Arbeitsausschusses zu der Postgebührenerhöhung, die eine geringere Erhöhung der Postge-

n. Bosholter Wasserfall
taltet heute abend im
esjährige Italiendie Na

ich in die Luft

ärztlichem Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Emsbürg, Emsplanade 6, von dem der Bruch ohne die ge-
eignete Berufshilfe in ungefähr 4 Wochen restlos be-
hebt wurde. Bei der zweiten ärztlichen Untersuchung
sah der ausländische Arzt trotz sorgfältiger Prüfung mit
Erwunderung feststellen, daß der Bruch verschwunden war

Jurgene Bruns

Rheider
Kreidhölzer
Stadtfreies
Amstiller
des Landen
von Bärge
und
des Kreises
Ordnung
der Zentrum
Rhein
Die
der
A Stettin, 20.
sitzung des Reichsminis-
teriums in der er unter
wirtschaft will in
Geld in der deu-
Pflicht am Volks-
der notwendigen
schutzvolle haben
quemen Gewinn
lange Zeit, damit
dem Weltmarkt in
Sorge um die
schaft und im
schaftsverhältnisse
weise Erhöhh-
Das Nebeneinander-
tungen und
unferer San-
Bedrohung unferer
und unferer polist-
aber nur ein Aus-
großen, meist ein-
wirtschaftliche Vermehr-
wir nur, wenn un-
nanzierte Zu-
sich vollwirtschaft-
entbehrliche
diese Verhältnisse
fertigbringen, den
wiederkehren, den
lernt haben, ein
nanzielle Freiheit
sehe ich in der re-
politik wahre Ver-
weiler, es sei gepö-
Prozent und d
Markt bei g
Zuckersteuer
ster habe noch nicht
aber doch erklärt,
geplante weitgehen-
lich sei. Die Zucker-
ausgeglichen.
Berlin, 20.
sfraktion hat an d
S schreiben gerich-
macht, daß sie die
gerung des gegenw-
zeitiger Erhöhh-
widersprechen" wer-
Auf die beabsich-
zölle wird in näch-
gehen sein. Heute
planten Erhöhungen
Der autonome Sa-
mit Gültigkeit vom
auf eine Mark her
Frühkartoffel-
schwer zu tragen se-
wissen Grade ein-
dürfte gerade diese
anzuführen sein, da
stets gerade jetzt
macht, die ausländi-
sche zu ersetzen. Bei-
sum a artikel könn-
Aber abgesehen von
bisher nur eine ge-
die nur einen Bruch-
darstellte. Während
sein einführen, wi-
nen ausländischer
brauch von 40 Mil-
der Zollserhöhung er-
In unrichtiger
lung vertreten, daß
als Massenartikel
Wir beschränken un-
wiederausgeben. Zug-
sumententrafen, daß
stoff ohne jeden
Produktion zu lassen
um die Interessen d
Bauernstand ohne
luzenz der polnische
Boden gewonnen w
schaftlichen und soz
zeugungskosten beläst
sen ist.
Die Zollsätze für
eines bestimmten
Regierung unberühr
den Zwischenzoll für
und dafür den Zoll
vertrags, das sind 3
Der Sprung von
32 Mark erscheint j
wird daher vorgesch
stiftiges Fleisch nicht
Zoll auf Speck um ei